

FRAUENARBEIT IST MEHRWERT

Der Equal Pay Day am 19. März 2016 markiert den Tag, an dem Frauen den Lohn bekommen haben, den sie bis Ende letzten Jahres verdient hätten, würden sie wie Männer bezahlt werden. Wieder ist Deutschland dabei mit rund 22 Prozent Schlechterbezahlung von Frauen unter den Schlusslichtern in Europa. Bereits vor einem Jahr haben SPD und Union ein Entgeltgleichheitsgesetz versprochen, das immer noch auf sich warten lässt – vor allem, weil die Union befürchtet, weniger Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt könnte „die Wirtschaft belasten“ – eben weil sie dann Frauen mehr Entgelt zahlen müsste.

Doch selbst wenn sich Ministerin Schwesig mit ihrem Gesetzentwurf durchsetzen kann, werden wir damit auch in den kommenden Jahren erst um den Frühlingsbeginn den Equal Pay Day begehen. Das Gesetz soll Transparenz schaffen, so dass Frauen künftig erfahren können, was ein Mann mit der gleichen Aufgabe im gleichen Betrieb durchschnittlich verdient. Das hilft ihnen bei gerichtlichen Klagen auf einen höheren Lohn, aber mehr auch nicht. Wer seinen Arbeitgeber aus guten Gründen nicht verklagen will, steht weiterhin allein da. Und wer, wie die meisten Frauen, in frauentypischen und deshalb unterbezahlten Bereichen und kleinen Betrieben arbeitet, hat auch nichts davon.

DIE LINKE fordert in ihrem Antrag (Drs. 18/4933) ein Entgeltgleichheitsgesetz, das diesen Namen verdient. Dazu gehören u.a.:

- ein Verbandsklagerecht, das die Betroffenen nicht allein lässt;
- neben der von der Bundesregierung vorgesehenen eigenständigen Überprüfung der Entgeltstrukturen und -praxis natürlich auch die Pflicht der Betriebe, die so erwiesene Entgeltdiskriminierung zu beenden – bei Sanktionsandrohung;
- mehr Befugnisse für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, um den Beschäftigten, insbesondere denen in nicht-tarifgebundenen Betrieben, zur Seite stehen zu können;
- und vor allem eine Politik, die für die Aufwertung von „FrauenArbeit“ mehr tut als das Halten von Sonntagsreden.



www.linksfraktion.de/entgeltgleichheit

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Stand: 18.03.2016. Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfpurposes verwendet werden.
V.i.S.d.P. Heike Hänsel, Jan Korte, Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

FRAUENARBEIT IST MEHRWERT

Der Equal Pay Day am 19. März 2016 markiert den Tag, an dem Frauen den Lohn bekommen haben, den sie bis Ende letzten Jahres verdient hätten, würden sie wie Männer bezahlt werden. Wieder ist Deutschland dabei mit rund 22 Prozent Schlechterbezahlung von Frauen unter den Schlusslichtern in Europa. Bereits vor einem Jahr haben SPD und Union ein Entgeltgleichheitsgesetz versprochen, das immer noch auf sich warten lässt – vor allem, weil die Union befürchtet, weniger Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt könnte „die Wirtschaft belasten“ – eben weil sie dann Frauen mehr Entgelt zahlen müsste.

Doch selbst wenn sich Ministerin Schwesig mit ihrem Gesetzentwurf durchsetzen kann, werden wir damit auch in den kommenden Jahren erst um den Frühlingsbeginn den Equal Pay Day begehen. Das Gesetz soll Transparenz schaffen, so dass Frauen künftig erfahren können, was ein Mann mit der gleichen Aufgabe im gleichen Betrieb durchschnittlich verdient. Das hilft ihnen bei gerichtlichen Klagen auf einen höheren Lohn, aber mehr auch nicht. Wer seinen Arbeitgeber aus guten Gründen nicht verklagen will, steht weiterhin allein da. Und wer, wie die meisten Frauen, in frauentypischen und deshalb unterbezahlten Bereichen und kleinen Betrieben arbeitet, hat auch nichts davon.

DIE LINKE fordert in ihrem Antrag (Drs. 18/4933) ein Entgeltgleichheitsgesetz, das diesen Namen verdient. Dazu gehören u.a.:

- ein Verbandsklagerecht, das die Betroffenen nicht allein lässt;
- neben der von der Bundesregierung vorgesehenen eigenständigen Überprüfung der Entgeltstrukturen und -praxis natürlich auch die Pflicht der Betriebe, die so erwiesene Entgeltdiskriminierung zu beenden – bei Sanktionsandrohung;
- mehr Befugnisse für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, um den Beschäftigten, insbesondere denen in nicht-tarifgebundenen Betrieben, zur Seite stehen zu können;
- und vor allem eine Politik, die für die Aufwertung von „FrauenArbeit“ mehr tut als das Halten von Sonntagsreden.



www.linksfraktion.de/entgeltgleichheit

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Stand: 18.03.2016. Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfpurposes verwendet werden.
V.i.S.d.P. Heike Hänsel, Jan Korte, Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin